**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am Donnerstag, dem 09. Mai 2019, um 18.00 Uhr,
im Rathaus der Stadt Büdelsdorf, Sitzungsraum 1.20**

(gemäß Hauptsatzung i.V.m. II. Nachtragssatzung vom 13.06.2018: 9 Mitglieder)

Anwesend:

Ausschussvorsitzender: Stadtvertreter Hartig

Weitere Ausschussmitglieder: **stimmberechtigt:**

Stadtvertreterin Dreßler
Stadtvertreterin Höll
Stadtvertreter Huep
Stadtvertreter Lerbs
Stadtvertreter Reichelt
Stadtvertreterin Schaedla
Stadtvertreter Wensierksi
Bürgervorsteherin Wilken

Antragsberechtigter Teilnehmer: Stadtvertreter Banaski (gem. § 46 Abs. 9 S. 3 GO)
Bürgermeister Hinrichs

Protokollführerin: Frau Oehlers
(Bürgermeister- und Stadtvertretungsbüro)

**Nicht anwesende, nicht
vertretene Ausschussmitglieder
sowie nicht anwesende
beratende Mitglieder oder
antragsberechtigter Teilnehmer:** --

**Andere Teilnehmerinnen oder
Teilnehmer:** Herr Giermann (Seniorenbeirat)

**Nach § 22 GO ausgeschlossene
Teilnehmerinnen und
Teilnehmer:** --

Zuhörerinnen und Zuhörer: 5 (einschl. Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter
sowie Bürgerliche Mitglieder (BM); die BM sowie
die Gäste verlassen zu TOP 2 den Sitzungsraum)

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Stadtvertreter Hartig, eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zu TOP 2 erschienenen Vertreter der Sparkasse Mittelholstein AG, Herrn Dr. Abendroth und Herrn Hein und stellt fest, dass die Einladung vom 29.04.2019 form- und fristgerecht zugegangen und der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

Zum Tagesordnungspunkt 7 wird eine Tischvorlage an die Mitglieder des Hauptausschusses ausgegeben.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt 2 nichtöffentlich zu beraten und die Tagesordnung dementsprechend um den Tagesordnungspunkt 11 „Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse“ zu erweitern.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

T a g e s o r d n u n g

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Nichtöffentlicher Teil:

2. Beteiligung an der Sparkasse Mittelholstein AG
 - 2.1 Bericht über den Geschäftsverlauf und den Jahresabschluss 2018
 - 2.2 Strategische Weiterentwicklung der Sparkasse Mittelholstein AG
 - 2.3 Vorbereitung der Hauptversammlung am 05.06.2019

Öffentlicher Teil:

3. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07. Februar 2019
4. Einwohnerfragestunde
5. Mitteilungen des Hauptausschussvorsitzenden
6. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten
7. Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde
 - 7.1 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde (EGB)
 - 7.2 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Verteilung des Steueraufkommens und die Finanzierung und gemeinsame Planung von Straßenreinigungs-, Straßenunterhaltungs- und Straßenerneuerungsarbeiten im interkommunalen Gewerbegebiet Borgstedtfelde
8. Aktueller Sachstandsbericht aus dem Bereich Beteiligungsmanagement/ Beteiligungsverwaltung

9. Haushaltsplanung
 - 9.1 Haushaltskonsolidierung
 - 9.2 Mögliche Veränderungen bei der Haushaltsplanung
10. Fragestunde der Hauptausschussmitglieder
11. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Die Mitglieder des Hauptausschusses teilen keine Ausschließungsgründe mit.

Nichtöffentlicher Teil:

2. Beteiligung an der Sparkasse Mittelholstein AG

2.1 Bericht über den Geschäftsverlauf und den Jahreabschluss 2018

- Wird nur den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern bekannt gegeben. -

2.2 Strategische Weiterentwicklung der Sparkasse Mittelholstein AG

- Wird nur den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern bekannt gegeben. -

2.3 Vorbereitung der Hauptversammlung am 05.06.2019

- Wird nur den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern bekannt gegeben. -

Die Öffentlichkeit wird um 18.45 Uhr wieder hergestellt.

Öffentlicher Teil:

3. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07. Februar 2019

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

4. Einwohnerfragestunde

Fragen werden nicht gestellt.

5. Mitteilungen des Hauptausschussvorsitzenden

Der Hauptausschussvorsitzende hat keine Mitteilungen zu machen.

6. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten

Bürgermeister Hinrichs berichtet, dass

- sich hinsichtlich der Gewerbesteuerrückzahlung zwischenzeitlich kein neuer Sachstand ergeben habe, da das Finanzamt zunächst noch auf eine Rückmeldung des Steuerpflichtigen wartet und
- weitere Beratungen zum Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule im Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit am 18.06.19 erfolgen werden.

Er informiert über den fortschreitenden Ausbau der Breitbandversorgung und weist auf Bauarbeiten der Fa. Thomsen zur Neuverlegung von Starkstromkabeln am neuen Lidl-Standort hin, die zu einer verzögerten Fertigstellung des Radweges führen werden.

Frau Oehlers informiert, dass verwaltungsintern zwischenzeitlich zwei in Frage kommende Sitzungsmanagementsysteme vorgestellt worden sind.

Eine gemeinsam mit den EDV-Beauftragten erarbeitete Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile dieser beiden Systeme sowie der einmaligen und laufenden Kosten wird dem Bürgermeister und den Fachbereichsleitungen kurzfristig vorgestellt. Anschließend ist dann eine Präsentation vor der Politik vorgesehen.

7. Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde

7.1 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde (EGB)

Der Hauptausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, verweist auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend geht Bürgermeister Hinrichs auf die als Tischvorlage ausgehändigte Stellungnahme der Verwaltung zum Auskunftersuchen der BWG-Fraktion ein.

Der Hauptausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, bedankt sich für die Ausführungen und bei der BWG-Fraktion für die Einreichung der Fragen im Vorwege, die eine entsprechend ausführliche Beantwortung ermöglicht habe.

Lt. Stadtvertreter Huep war der BWG-Fraktion an einer näheren Erläuterung von Zahlen und Fakten gelegen, da die Fraktionsmitglieder nicht in allem so versiert seien. Er bedankt sich daher ebenfalls für die umfangreichen Ausführungen.

Nach kurzem Austausch beschließt der Hauptausschuss, der Stadtvertretung zu empfehlen, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Die Stadt Büdelsdorf übernimmt eine Ausfallbürgschaft zugunsten der Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde mbH (EGB) für einen Kredit in Höhe von 1,5 Mio. EUR. Die Stadt Büdelsdorf verbürgt sich auf den Höchstbetrag von 80% des Kreditbetrages durch eine Ausfallbürgschaft ohne Verzicht auf die Einrede der Vorausklage in Höhe des Gesellschaftsanteils an der EGB, mithin einen Betrag in Höhe von 360.000 EUR. Die Dauer der Bürgschaft wird auf 12 Jahre beschränkt.

Die Stadt Büdelsdorf behält sich ein Prüfungsrecht gemäß § 95 h der Gemeindeordnung vor.

Es wird eine Bürgschaftsprovision erhoben, die den Bürgschaftsvorteil voll abschöpft.

Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der kommunalaufsichtlichen Genehmigung sowie der Bürgschaftszusagen der Mitgesellschafterinnen (Stadt Rendsburg, Gemeinde Borgstedt und Gemeinde Schacht-Audorf).

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9	Nein: 0	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

7.2 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Verteilung des Steueraufkommens und die Finanzierung und gemeinsame Planung von Straßenreinigungs-, Straßenunterhaltungs- und Straßenerneuerungsarbeiten im interkommunalen Gewerbegebiet Borgstedtfelde

Der Hauptausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, erteilt Bürgermeister Hinrichs das Wort.

Bürgermeister Hinrichs nimmt Bezug auf die Vorlage und erläutert den als Anlage beigefügten Entwurf einer Neufassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages. Er weist daraufhin, dass der bisherige Vertrag viele unbestimmte Regelungen enthält, die im Streitfall auslegungsbedürftig und daher zugleich neu gefasst worden wären.

Er geht dann insbesondere auf die Neuregelungen zu den Kosten für die Herstellung, die Erneuerung, den Aus- und Umbau von Straßen sowie die "Erwartungshaltung" der Gemeinde Borgstedt an die beteiligten Kommunen in Bezug auf eine spätere Straßensanierung sowie eine steigende Brandlast ein (ggf. wird die Anschaffung eines zusätzlichen Fahrzeuges erforderlich; die Kostenteilung wäre im Detail mit allen Gesellschaftern zu regeln).

Lt. Bürgermeister Hinrichs hatte die Gemeinde Borgstedt über die Erhebung wiederkehrender Beiträge nachgedacht, sehe hierbei zwischenzeitlich jedoch auch Probleme einer rechtssicheren Umsetzung.

Ein daraufhin in Erwägung gezogener Verzicht der Gemeinde Borgstedt auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen würde zu einer entsprechenden Erhöhung des Kostenanteils der Gesellschafterkommunen führen. Allerdings sei mit einem Ausbau einer Straße frühestens in 25 Jahren zu rechnen. Zudem sei im Vertrag zu regeln, dass die Durchführung entsprechender Maßnahmen der Zustimmung aller Gesellschafter bedarf.

Aufgrund der noch zu klärenden Fragen handele es sich heute eher nur um einen Sachstandsbericht. Bürgermeister Hinrichs schlägt daher vor, die Beratung auf eine der nächsten Sitzungen, ggf. im Juni 2019, zu verschieben.

Stadtvertreter Huep begrüßt diese Entscheidung und führt aus, dass ein Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die BWG nicht in Frage käme. Da die Gemeinde Borgstedt nicht zu einer Beitragserhebung gezwungen werden könne, bittet Stadtvertreter Huep zu vermitteln, dass zumindest Teile der Politik einen Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht "mittragen" würden.

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8. Aktueller Sachstandsbericht aus dem Bereich Beteiligungsmanagement/Beteiligungsverwaltung

Es liegen keine weiteren aktuellen Sachstandsmitteilungen vor.

9. Haushaltsplanung

9.1 Haushaltskonsolidierung

Der Hauptausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, verweist auf die Vorlage und führt aus, dass zu gegebener Zeit ein entsprechender Beschluss zu fassen wäre.

Aus der sich anschließenden Diskussion ist festzuhalten, dass

- angestrebt werden sollte, einen Haushaltsausgleich nicht erst in 5 Jahren, sondern nach Möglichkeit früher zu erreichen,
- eine Anhebung der Vergnügungssteuer als nicht unproblematisch angesehen wird und bei einer Anhebung um 2% lediglich Mehreinnahmen in Höhe von ca. 7.500 Euro erzielt werden,
- die Fa. DKC beauftragt wurde, alle geplanten Investitionen (insbes. für den Neubau Astrid-Lindgren-Schule und den Kindergarten Lummerland) einschließlich der Auswirkungen der Kreditbelastungen zu prüfen,
- auch bei den Liegenschaften weitere Konsolidierungsmaßnahmen geprüft werden,

- sich die Mehrheit im Workshop gegen eine evtl. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ausgesprochen habe. Es wäre dahingehend jedoch kein Beschluss gefasst, sondern nur ein Stimmungsbild wiedergegeben worden. Für die CDU-Fraktion kommt eine Erhöhung der Gewerbesteuer derzeit nicht in Betracht. Sollten Kürzungen auf der Ausgabenseite nicht möglich sein, würde dieses für sie zudem nicht automatisch eine Erhöhung der Gewerbesteuer bedeuten.

9.2 Mögliche Veränderungen bei der Haushaltsplanung

Der Hauptausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, verweist auf die Vorlage.

Bürgermeister Hinrichs geht noch einmal auf die drei möglichen Alternativen zur Aufstellung des Haushaltsplanes ein.

1. Traditionelle Aufstellung - Mittelanmeldung der Fachbereiche
2. Top-Down-Prinzip (Bottom-Up-Prinzip)- Stringente Budgetvorgabe „von oben“
3. Mischverfahren ("Gegenstromverfahren") - frühzeitige Mittelabfrage (möglichst noch vor der Sommerpause) und Budgetvorgabe „von oben“

Das Mischverfahren stellt sehr hohe Ansprüche an die Ausschüsse, da sie niedrige Budgets mit hohen Mittelanmeldungen in Einklang bringen müssen.

Fraglich wäre, ob die Fachausschüsse mit ihren jeweils 7 Mitgliedern dazu in der Lage wären. Zudem könnte dieses Verfahren zur vorzeitigen Schließung von Einrichtungen führen.

Er verweist auf eine Kommune, die eine entsprechende Dienstanweisung seit ca. 3 Jahren nicht mehr anwendet, da die Fachausschüsse es tatsächlich nicht geschafft hatten, beides in Einklang zu bringen.

Eine andere Kommune habe trotz Anwendung des Verfahren seit 2014 keinen ausgeglichenen Haushalt erzielt und wäre lt. Zeitungsartikel „froh“, trotzdem keine Einrichtungen geschlossen zu haben.

Bürgermeister Hinrichs hebt hervor, dass die Stadt Büdelsdorf mit dem bisher angewandten Verfahren jeweils positive Jahresabschlüsse erzielt habe.

Ggf. hätte die Stadt mit einem anderen Verfahren noch höhere Überschüsse erzielt und evtl. "trotzdem" Einrichtungen geschlossen. Die Stadt habe derzeit genug "Baustellen". Der Druck, noch stringenter vorzugehen, läge ohnehin bereits vor und dieser Kurs werde weiter verfolgt.

Die Einführung eines Eckwertebeschlusses als Steuerungsinstrument für die Haushaltsplanung wäre zudem kein „Allheilmittel“. Ein Eckwertebeschluss wäre erst nach Vorliegen des Haushaltserlasses möglich. Selbst wenn ein erster Entwurf im September vorliege, würde das Verfahren nicht mehr einzuhalten sein. Gedanklich können man das Verfahren höchstens gedanklich "daneben legen".

Als Vorsitzender der SPD-Fraktion bedankt sich Stadtvertreter Hartig bei dem Bürgermeister für die intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema und den Erfahrungen anderer Kommunen. Mit dem Haushaltsworkshop für Politik und Verwaltung habe man zudem bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht.

„Fazit“ eines Eckwertebeschlusses wäre für Stadtvertreter Reichelt ein ausgeglichener Haushalt. Wenn man das Verfahren wie vom Bürgermeister dargestellt gedanklich parallel daneben legt, passe es.

Stadtvertreterin Wilken führt aus, dass man sich nicht zu sehr mit dem Verfahren beschäftigen sollte. Stattdessen sollten die Sachthemen in den Focus genommen werden. Sie mahnt daher den Mut an, Entscheidungen zu treffen und sieht eine aktive Mitgestaltung als herausragendste Aufgabe an.

Mit dem bisherigen Verfahren wäre man gut gefahren und bei den ständig neuen Herausforderungen etc. würden auch die besten Eckwerte nichts nützen.

Stadtvertreter Huep stellt fest, die Verantwortung nicht abgeben zu wollen. Es wäre klar geworden, dass zunächst wichtige Grundlagedaten (u.a. Finanzausgleich, Grundsteuer) vorliegen müssten.

Diesem schließt sich Stadtvertreter Hartig an.

Nach kurzer weiterer Diskussion führt der Bürgermeister aus, dass das Haushaltsaufstellungsverfahren im Rahmen der Haushaltsberatung zu gegebener Zeit zu beschließen wäre.

10. Fragestunde der Hauptausschussmitglieder

Auf Hinweis der Stadtvertreterin Schaedla, dass der Betrieb des Künstlerhauses unter externer Begleitung bis zum 30.06.19 befristet worden war, führt Bürgermeister Hinrichs aus, dass hierüber in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit beraten werden wird.

Stadtvertreterin Schaedla teilt mit, gehört zu haben, dass die Märkte REWE und PENNY schließen sollen. Auf ihre Nachfrage, ob etwas Wahres daran ist, bestätigt Bürgermeister Hinrichs, dass es dafür Anhaltspunkte, jedoch keine offiziellen Mitteilungen von REWE und Penny gebe.

11. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Bürgervorsteher Eckert gibt bekannt, dass dem Vertreter der Stadt Büdelsdorf in der Hauptversammlung der Sparkasse Mittelholstein AG ein entsprechendes Votum für die jeweiligen Tagesordnungspunkten mitgegeben wird.

Ende der Sitzung: 19.55 Uhr

gez. Hartig

Vorsitzender
Martin Hartig

gez. Oehlers

Protokollführerin
Angela Oehlers